

## Eine Pensionsreform muss zukunftssicher sein – für kommende Generationen und das Klima

Im Jahr 2024 hat die Regierung angekündigt, eine Debatte über eine Pensionsreform zu starten. Das derzeitige Pensionssystem ist stark vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig, und aktuelle Berechnungen zeigen, dass die Ausgaben für Pensionen vermutlich Ende der 2020er Jahre erstmals die Einnahmen übersteigen werden. Zwar gibt es noch finanzielle Reserven in Höhe von über 26 Milliarden Euro<sup>1</sup>, doch **je länger wir mit einer Reform warten, desto drastischer werden die notwendigen Maßnahmen** ausfallen.

Einen passenden **Vergleich mit der Klimakrise**, den wir als Jugendpartei *déi jonk gréng* teilen, ist Folgender:

*"Heute in den sauren Apfel beißen und Veränderungen akzeptieren oder morgen vor der Wand stehen? Hier wie dort geht es darum, Entwicklungen zu bremsen, die langfristig zu großen Folgen führen. Beim Thema Klimaschutz verpassen wir gerade den Moment des Eingreifens und steuern auf eine Welt zu, die sich keiner wünscht."<sup>2</sup>*

Wir sind überzeugt, dass eine Reform notwendig ist, bei der **alle Akteure Verantwortung übernehmen**. Nur so können wir verhindern, dass jüngere und kommende Generationen noch stärker von Altersarmut bedroht werden.

Unsere Prioritäten, die wir als *déi jonk gréng* in die Debatte einwerfen:

1. **Öffentliche und private Pensionssysteme zusammenführen**, um soziale Ungerechtigkeiten abzubauen und langfristig nachhaltig finanzielle Reserven zu sichern.
2. **Nachhaltige und sozialgerechte Investitionen** in Pensionsfonds fördern, die auch der Klimakrise entgegenwirken, damit zukünftige Generationen von den Resultaten der Anleihen und Aktien profitieren.
3. **Gender-Pay-Gap drastisch reduzieren**, damit vor allem Frauen nicht mehr einem höheren Risiko der Altersarmut ausgesetzt sind.
4. **Mindestrente anheben**, damit jeder in Würde leben kann – eine mögliche Finanzierung sind Solidaritätsbeiträge auf hohe Renten.
5. **Angerechnete Studienjahre reformieren**, damit nicht nur Studierende bis 27 davon profitieren, sondern auch lebenslanges Lernen in allen Bereichen gefördert wird.

<sup>1</sup> <https://fdc.public.lu/fr/a-propos.html>

<sup>2</sup> Das forum-Handbuch zur Rentenreform – Jürgen Stoldt vom 8. Mai 2024

6. **Renteneintrittsalter bei 65 belassen**, aber flexible Übergangsmo­del­le schaffen, die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Berufsanfänger entlasten.
7. **Beitragsobergrenzen abschaffen und Rentenhöchstbeträge angleichen**, um zusätzliche Reserven zu schaffen, ohne große Einschnitte für Einzelne.
8. **Regelmäßige Reformüberprüfungen nicht scheuen**, auch wenn das Thema emotional aufgeladen ist, bleibt es eine der technischsten von allen politischen Herausforderungen.

## 1. Öffentliche und private Pensionssysteme zusammenführen

Aktuell gibt es in Luxemburg getrennte Pensionssysteme: eines für öffentlich Bedienstete (*régimes spéciaux*) und eines für Arbeitnehmer im privaten Bereich (*régime général*). **Dies führt zu Sozialneid**, da Beamte oft von vorteilhafteren Regelungen profitieren. Beamte, die vor 1999 eingestellt wurden, werden mit einer anderen Berechnungsformel behandelt, wobei die Renten deutlich höher ausfallen. Eine **zeitnahe Vereinheitlichung** würde das System gerechter machen und langfristig für mehr finanzielle Stabilität sorgen. Gleichzeitig könnte dies dazu beitragen, nachhaltig Reserven aufzubauen, indem unnötige Doppelstrukturen abgebaut werden.

**Déi jonk gréng fordern, ohne Angst auf Wahlverluste**, da ein Großteil der Wähler im öffentlichen Dienst arbeiten, ein **einheitliches System zu schaffen, das jeden Bürger gleichbehandelt!**

## 2. Nachhaltige und sozialgerechte Investitionen in Pensionsfonds stärken

Ein erheblicher Teil der Reserven des *Régime général* wird derzeit in Aktien und Anleihen investiert – doch das genügt nicht. **Wir fordern, dass die Einnahmen der öffentlichen Rentensysteme gezielt genutzt werden, um stabile und generationengerechte Reserven im „Fonds de pension“ aufzubauen.**

Damit diese Gelder nicht auf Kosten künftiger Generationen erwirtschaftet werden, müssen sie **konsequent nach nachhaltigen und sozialen Kriterien** angelegt werden.

Das Investitionsportfolio des Fonds muss **vollständig mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sein** und aktiv zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels beitragen. Alles andere wäre nicht nur klimapolitisch unverantwortlich, sondern **auch ein Bruch mit dem Solidaritätsprinzip**, auf dem unser Rentensystem basiert.

*Déi jonk gréng* sind der Meinung, dass es absurd wäre für die kommenden Generationen den nachhaltigen und sozialen Aspekt bei der Finanzierung in Fonds außen vorzulassen, da eine **langfristige Finanzierung von Renten nur im Einklang mit der Bekämpfung der Klimakrise sinnvoll** ist.

### 3. Gender-Pay-Gap drastisch reduzieren

Frauen beziehen in Luxemburg im Durchschnitt immer noch weniger Rente als Männer. Dies führt langfristig dazu, dass sie abhängig von ihrem Partner sind und häufiger von Altersarmut betroffen sind. **Diese strukturelle Ungleichheit ist kein Zufall – sie ist das Ergebnis politischer Versäumnisse.**

Der **Gender-Pay-Gap im Rentensystem muss deshalb konsequent geschlossen werden**, dazu braucht es **politische Maßnahmen** statt leerer Appelle:

- **Transparente Gehälter und verpflichtende Lohnoffenlegung** in allen Branchen, um geschlechtsspezifische Diskriminierung sichtbar und behebbar zu machen.
- **Förderprogramme für Frauen in Führungspositionen** und verpflichtende Gleichstellungspläne in Unternehmen.
- **Aufwertung von Care-Arbeit:** Zeiten unbezahlter Sorgearbeit, meist von Frauen geleistet, müssen besser aufgeteilt und angerechnet werden können.
- **Der Staat muss seine Verantwortung gegenüber Frauen übernehmen**, die nicht lückenlos erwerbstätig sein konnten – etwa durch **garantierte Mindestbeiträge zur Rentenversicherung**, etwa bei Kinderbetreuung oder Pflegezeiten.

### 4. Mindestrente anheben, um Altersarmut zu bekämpfen

Die steigenden Lebenshaltungskosten treffen insbesondere Rentner mit niedrigen Bezügen, derzeit liegt die Mindestrente bei 2293,55€. Eine **Erhöhung der Mindestrente um 12%** ist dringend notwendig, um der Altersarmut entgegenzuwirken.<sup>3</sup> **Um die langfristige Finanzierung der Mindestrente abzusichern**, könnte eine **sozial gestaffelte Erhöhung der Einkommen** in Betracht gezogen werden. Das bedeutet, dass Menschen mit sehr hohen Renten und anderen Einkommensquellen einen Beitrag dazu leisten, um sehr geringe Renten aufzubessern.

*Déi jonk gréng* fordern ein solches Modell zu prüfen, damit das Rentensystem gerechter gestaltet wird, ohne die allgemeine Beitragslast unverhältnismäßig zu erhöhen.

### 5. Gerechtere Anrechnung von Studienjahren

Derzeit können sich Studierende bis 27 Jahre ihre Studienjahre für die Rente anrechnen lassen. Dies benachteiligt Menschen, die später ein Studium beginnen oder sich im Erwachsenenalter für lebenslanges Lernen entscheiden.

<sup>3</sup> <https://statistiques.public.lu/fr/publications/series/analyses/2023/budget-minimum-seniors.html#:~:text=Le%20budget%20de%20r%C3%A9f%C3%A9rence%20est,pour%20un%20couple%20de%20seniors>

*Déi jonk gréng* fordern eine Reform, die dafür sorgen soll, dass **alle Bildungswege** – auch berufliche Weiterbildungen und Umschulungen im Erwachsenenalter – **für den Renteneintrittsalter anerkannt werden**. Um die anerkannte Bildungsjahre zu regulieren, sollte die sogenannte "**Regelstudien- oder ausbildungszeit**" (gleich ob Studium oder andere Bildungswege) **mit einem Puffer von einem Jahr berücksichtigt werden**. So wird nicht nur Gerechtigkeit geschaffen, sondern auch eine Gesellschaft gefördert, in der lebenslanges Lernen eine echte Option bleibt.

## **6. Renteneintrittsalter bei 65 belassen, aber flexible Übergänge ermöglichen**

*Déi jonk gréng* möchten das gesetzliche Renteneintrittsalter von 65 Jahren beibehalten, aber es durch **flexiblen Übergangsmoellen** ergänzen. ArbeitnehmerInnen, die körperlich anstrengende Berufe ausüben oder frühzeitig in den Ruhestand gehen möchten, sollen dazu die Möglichkeit erhalten früher in Rente zugehen. Gleichzeitig könnte ein **progressiver Renteneintritt gefordert** werden, damit Arbeitnehmerinnen schrittweise in den Ruhestand gehen können, etwa durch reduzierte Arbeitszeiten in den letzten Berufsjahren. Dies würde **Arbeitgeber entlasten, ArbeitnehmerInnen mehr Wahlmöglichkeiten bieten und Berufsanfängern den Einstieg** durch Einlernen von älteren MitarbeiterInnen **erleichtern**. Hinzu kommt, dass ein **abruptes Ende der Erwerbstätigkeit oft zu mentalen Problemen** führt.

## **7. Beitragsobergrenzen abschaffen und Rentenhöchstbeträge angleichen**

Derzeit gibt es eine **Beitragsobergrenze**, sodass Menschen mit sehr hohem Einkommen nur bis **zu einem Betrag von 5x Mindestlohn in die Rentenkasse einzahlen**. Dies führt dazu, dass das System nicht so viel einnimmt, wie es könnte. Gleichzeitig profitieren Spitzenverdiener oft von hohen Renten, vor allem im öffentlichen Dienst.

*Déi jonk gréng* wollen diese Ungleichheit beheben, indem die **Beitragsobergrenze abgeschafft und Rentenhöchstbeträge wie im Régime général gedeckelt werden**. So können zusätzliche Reserven geschaffen werden, ohne dass jemand große Einbußen hinnehmen muss.

## **8. Regelmäßige Reformüberprüfungen nicht scheuen**

Das Rentensystem und eine mögliche Reform sind eines der emotionalsten politischen Themen. Viele Menschen fürchten sich vor Reformen, weil sie ihre finanzielle Zukunft betreffen und jeder davon betroffen ist. Dennoch sind **regelmäßige Überprüfungen** notwendig, um das System stabil zu halten. Rentenpolitik sollte sich nicht nur an Wahlzyklen orientieren, sondern auf **langfristige Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit** ausgelegt sein.

Wir als *déi jonk gréng* begrüßen eine offene und transparente Diskussion über notwendige Anpassungen, um soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten.

Unser soziales Rentensystem steht vor Herausforderungen, aber auch **vor der Chance, gerechter und nachhaltiger gestaltet zu werden**. Wenn wir jetzt die richtigen Reformen umsetzen, können wir soziale Ungleichheiten abbauen, finanzielle Stabilität sichern und kommende Generationen vor Altersarmut schützen sowie der Klimakrise entgegentreten. Aber es bedeutet, dass **alle – der Staat, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen – Verantwortung übernehmen müssen**.

Déi jonk Gréng